



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0636890

E/KVI/40 - 17. Februar 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	<u>Es geht um die Bausparer!</u> Bodenwucher erschwert Wohneigentumsbildung Von Dr. Julius Bracht, MdB	113
4 - 5	<u>Ben Gurion setzt sich durch</u> Gegenspieler davon ausgeschaltet	66
6	<u>Auf der Suche nach einem "Kontrastprogramm"</u> Zur Kommunalwahlkampföffnung der CDU in Nordrhein-Westfalen	48
7	<u>Aus der Mottenkiste</u> "Christ und Welt" antwortet Dr. Jaeger	48

\* \* \* \* \*

## Es geht um die Bausparer!

Bodenwucher erschwert Wohneigentumsbildung

Von Dr. Julius Brecht, MdB

Nach den neuesten Übersichten der beiden Bausparkassenverbände sind in der Bundesrepublik rund 3,5 Millionen Bausparverträge abgeschlossen. Die gesamte Vertragssumme beläuft sich auf über 55 Milliarden, d.h. die Bausparer haben sich entschlossen und durch Vereinbarungen festgelegt, dass sie im Laufe der Zeit diese Summe ansparen werden, um ihr Sparziel zu erreichen. Hinter diesem Sparwillen stehen rund drei bis vier Millionen Bausparer. Es mag sein, dass einige die Verträge nur deshalb abgeschlossen haben, um die steuerlichen Vorteile des Einkommensteuergesetzes oder um die Wohnungsbauprämien vom Staat zu bekommen. Die beiden Bausparkassenverbände legen in ihrer Statistik aber dar, dass dies gegen alle Erwartung doch nur wenige Bausparer sind. Die überwiegende Mehrzahl spart in kleinen und mittleren Sparbeträgen, um im Laufe der Zeit ein Eigenheim, ein eigenes Haus oder die allmähliche Entschuldung eines eigenen Hauses zu erreichen. Auch sie wollen Staatshilfe in Form der steuerlichen Vergünstigungen, oder sie gründen ihr Sparziel und die von ihnen erstrebte Eigentumsbildung gleichzeitig auf Selbsthilfe und Eigenleistung.

### Von Gefahren bedroht

Diese Ziele sind von zwei grossen Gefahren bedroht, die immer bedrückender werden. Sie bedrohen die Hoffnung und die Erwartungen, vor allem aber die in einer starken Selbsthilfe erstrebte Eigentumsbildung. Die eine Gefahr ist die schleichende allmähliche Geldentwertung und die Minderung der geldlichen Kaufkraft. Hier wirken sich teilweise Preissteigerungen aus. Die andere Gefahr ist viel grösser und bedrohlicher. Das ist die fortgesetzte Steigerung der Baulandpreise. Nur wenige Bausparer haben bereits Grund und Boden, wenn sie mit dem Bausparen beginnen. Die meisten wollen und müssen erst in dem Bausparvertrag die Mittel ansparen, um daraus eines Tages den Baugrund erwerben und einen Teil der Baukosten decken zu können, während sie für den Rest der Baukosten dann noch eine erste Hypothek oder öffentliche Förderungsdarlehen aufnehmen. Auf diesen Tag, an dem mit dem Eigenheimbau begonnen werden kann, sparen und sparen sie. Sie machen sich Pläne und rechnen alles voraus. Sie kalkulieren, was sie wohl in ihrer Stadt und für das erstrebte Eigenheim für den Bauplatz aufwenden müssen. Dabei werden die Preis- und Wertverhältnisse am Tage des Vertragsabschlusses zu Grunde gelegt. Wenn dann

einige Jahre vergehen, bis der Bausparvertrag zuguteilt werden kann, erleben viele Bausparer eine schwere bittere Enttäuschung, meist sogar zwei:

#### Zurückgehaltenes Bauland

Die eine ist: sie bekommen gar kein Baugelände mehr oder nicht in der Gegend, wo sie es erhofft haben und wo sie ihren Eigenheimwunsch erfüllen wollten. Bauboden und erschlossenes oder für die Erschliessung und baldige Bebauung geeignetes Gelände wird vielfach von den jetzigen Besitzern zurückgehalten und nicht an den Markt gebracht. Darüber klagen die Bausparer, die Bausparkassen, aber auch alle anderen Bauherren, ebenso auch die Gemeinden. Sie sind meist gegen die Baulandnot machtlos, obwohl sie den Bauherren bei der Baulandbeschaffung von Gesetzeswegen helfen sollen. Sie können es vielfach gar nicht. Die Möglichkeiten, zu enteignen, sind sehr eingesengt und sollen auch nur im Ausserordentlichen herangezogen werden. Die Bausparkassen haben vielfach selbst oder durch besondere Gesellschaften einen Baulandbeschaffungsdienst eingerichtet, aber auch hier kann nur das Bauland vermittelt und beschafft werden, das tatsächlich an den Markt kommt. Die im Bundesbaugesetz eingeführten Massnahmen, um das Angebot am Baulandmarkt zu vergrössern, funktionieren nicht und sind mindestens bis jetzt wirkungslos! Den Bausparern ist nicht damit gedient, dass diese Massnahmen sich vielleicht einmal in einigen Jahren auszuwirken beginnen!

#### Krebeschwär: Bodenwucher

Denn damit ist die zweite grosse Gefahr für die Bausparer erst recht verbunden: die Boden- und Baulandpreise steigen fortgesetzt! Auch hier haben die wenigen Massnahmen des Bundesbaugesetzes bisher völlig versagt. Der Boden wird zurückgehalten, damit die Preise noch mehr steigen! Die Chancen wachsen für die Bodenbesitzer, dass sie in Kürze schon sehr für ihr Bauland bekommen: die Nachfrage steigt, das Angebot wird und bleibt begrenzt. Bodenvorrat der Gemeinden gibt es nur noch wenig. Auch das Mehrfache an Grundsteuer, das für einen ganz kleinen Teil des Baulandes jetzt in Form der Baulandsteuer gezahlt werden soll, ist kein Druckmittel, um mehr Bauland an den Markt zu bringen und zum ändern, um die schon gewaltig überhöhten Baulandpreise zurückzuführen. Diese Mehrsteuer wird ja nicht aus den heutigen Werten gerechnet, sondern aus den längst um ein Vielfaches überhöhten Werten von 1955. Dabei können

die Preise ohne Hemmung fortgesetzt weitersteigen. Grundstücke, die vor vier/fünf Jahren noch 3,-- und 5,-- DM pro qm gekostet haben, sind längst auf 40,-- bis 50,-- DM und noch höher geklettert. Bei solchen Preissteigerungen brechen die Kalkulationen der Bausparer, die noch mit den alten Preisen gerechnet haben, einfach zusammen. Auch eine nachträgliche Erhöhung der Bausparsumme nutzt gegen dieses Krebsgeschwür nicht viel, denn dazu müssen erst wieder Sparleistungen neu erbracht werden. Bis das geschehen ist, sind die Bodenpreise - so muss man befürchten - längst wieder davongelaufen und noch mehr ins Unerreichbare gestiegen.

#### Geschwächter Wille zur Selbsthilfe

Hinter dem Bausparen steht das Streben nach Eigentum, nach Wohlstand, nach Eigentumsumbildung und zwar auch denjenigen, die noch vor Jahren nicht daran denken konnten, dieses Ziel zu erreichen. Die fortgesetzte Steigerung der Bodenpreise, das untätige Zuschauen, dass das Bauland für viele wieder nahezu unerschwinglich wird, zerstört und schwächt auch den starken Willen zur Selbsthilfe. Dieser Zustand und die Gleichgültigkeit, die gegenüber dieser bedrohlichen Situation herrscht, trifft die Ansätze der neuen Eigentumsbildung schwer. Das ist in seiner Breiten- und Tiefenwirkung noch viel gefährlicher, als die materielle Bedrohung eines grossen Teils der Bausparer.

Die Grosse Anfrage der SPD ist nicht, wie die CDU sofort agitiert hat, in einer Wahlkampfabsicht entstanden. Sie wurde gestellt, um die gefährdende Situation für den Wohnungsbau, vor allem für die zahlreichen Bausparer und Eigenheiminteressenten, noch einmal in aller Öffentlichkeit aufzuzeigen und um die Verantwortung aller Verantwortlichen noch zu machen. Sie soll den in ihren Hoffnungen und Erwartungen und in ihrer materiellen Substanz schwer bedrohten Bausparern helfen. Das kann aber nur gelingen, wenn nicht nur von Eigentumsbildung geredet und versprochen, sondern nach den Vorschlägen der SPD so gehandelt wird, dass die Bodenpreise nicht steigen, sondern fallen und erschwinglich werden.

### Ben Gurion setzt sich durch

Kaum hatten die Zeitungen berichtet, dass der israelische Ministerpräsident Ben Gurion sich entschlossen habe, auf seinem Posten zu bleiben, wurde die Bevölkerung von der Mitteilung überrascht, er sei nunmehr zurückgetreten.

Rücktrittsdrohungen sind bei Staatsmännern ein beliebtes Mittel, andere unter Druck zu setzen und zur Erfüllung von Forderungen zu bewegen, die man ohne solche Drohungen nicht erreichen würde. David Ben Gurion hat einige Erfahrung in diesem Spiel, denn dies ist sein 7. Rücktritt. Freilich ist er nur ein einziges Mal, 1953, wirklich beim Wort genommen worden und musste für 2 Jahre das Amt des Regierungschefs an Moshe Shamett abgeben. In allen anderen Fällen erschien er nach wenigen Tagen schon wieder als Ministerpräsident, manchmal mit veränderter Mannschaft, aber immer als Sieger.

So wird es auch dieses Mal sein. Der von Statur kleine, jetzt 75-jährige David hat sich gegen Beschlüsse seiner Partei gestellt, ohne deren Unterstützung er freilich nicht regieren kann. Trotzdem hat er es gewagt und die Partei (MAPAI) damit in eine fast tödliche Verlegenheit gebracht. In der Auseinandersetzung um den Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes, Pinhas Lavon war vor einiger Zeit eindeutig entschieden worden, diesen zu rehabilitieren. Das empfand Ben Gurion als eine Zumutung. Denn Lavon weiter an der Spitze der mächtigen Gewerkschaften zu sehen, erschien ihm wie die Existenz einer Gegenregierung. Lavon selbst genügte diese Rehabilitierung nicht. Er strebte zweifellos nach Höherem, nicht etwa für seine Person, sondern auch im Interesse der Funktion, die er innehatte. Praktisch gilt heute der Generalsekretär des Histadrut (Gewerkschaften), seiner Machtfülle gemäss, mindestens ebensoviel wie ein bedeutender Minister. Die Histadrut hat sich beim Aufbau des Landes durch ihre Arbeit einen Platz erobert, der sie zu einer der wichtigsten, den Staat tragenden Säulen Israels macht.

Der Rücktritt Ben Gurions hat die Mapai in das Dilemma versetzt, sich zwischen Lavon und Ben Gurion entscheiden zu müssen. So kam es

am vorigen Wochenende zu einer Sitzung des Vorstandes der Mapai, an der auch die Mitglieder des Vorstandes der Histadrut teilnahmen, soweit sie dieser Partei angehören. Die Sitzung war vielleicht eine der bedeutendsten wegen der Schwere des Problems, das es zu lösen galt. Rein formell wird der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes naturgemäss von den Mitgliedern seiner eigenen Organisation, also demokratisch, gewählt. Andererseits ist es undenkbar, dass bei der Wichtigkeit dieser Funktion man einen Mann auf diesen Posten lassen oder berufen könnte, der mit dem Ministerpräsidenten des Landes auf dem Kriegsfuss lebt. Man muss aussprechen wissen, dass trotz einer Mehrheit von etwa 55 Prozent, die der Mapai im Vorstand der Gewerkschaften sicher ist, ihr diese in dem speziellen Fall wenig nutzt, da Lavon natürlich auch bei den Mapai-Mitgliedern des Vorstands viele Anhänger hat. Eine Entscheidung gegen Lavon hätte also das Risiko beinhaltet, dass die Mapai, trotz ihrer Mehrheit bei einer Abstimmung in der Histadrut in die Minderheit geraten wäre.

So gab es nur einen Ausweg, nämlich Lavon durch den Appell die Einigkeit der Partei zu bewahren, zum Rücktritt zu bewegen. Lavon, der im übrigen ein schwerkranker Mann ist, hat sich schliesslich im Interesse seines Landes dieser Einsicht gebeugt und seinen Rücktritt erklärt. Hätte er dies nicht getan, wäre eine Spaltung der Mapai höchstwahrscheinlich nicht zu vermeiden gewesen. Am 9. Februar tagte der Vorstand der Histadrut und hatte nunmehr lediglich den Rücktritt seines Generalsekretärs zur Kenntnis zu nehmen, nachdem die politische Entscheidung bereits gefallen war. Das war der Ausweg aus dem Dilemma.

Ein Nachfolger Lavons ist noch nicht ernannt und niemand gibt sich der Illusion hin, dass es leicht sein wird, ihn zu finden. Auch das Problem selbst, nämlich das Verhältnis von Regierung und Gewerkschaft in einem jungen Staat, der eine straffe Führung benötigt, aber dennoch seine demokratische Basis erhalten will, ist damit noch nicht geklärt. Zweifellos dürfte die Mapai durch diese Auseinandersetzungen an Boden verloren haben und lediglich die rechtsextreme nationalistische GSERUTH-Partei dürfte davon profitieren.

Auf der Suche nach einem "Kontrastprogramm"

sp - Grosses hat sich die CDU von Nordrhein-Westfalen vorgenommen: sie will die sozialdemokratischen Mehrheiten in den Ruhrgrösstädten bei den am 19. März fälligen Gemeindewahlen brechen, den Einfluss dieser Partei in den Landkreisen mindern und überhaupt danach trachten, die Niederlage bei den Kommunalwahlen vom 28. Oktober 1956 wieder wettzumachen. Damals erhielt die SPD 44,2 Prozent aller Stimmen zu den Vertretungen der kreisfreien Städte und Landkreise; sie überflügelte die CDU um sechs Prozent. Von den 38 kreisfreien Städten im grössten Industrieland der Bundesrepublik haben 30 Städte SPD-Mehrheiten oder stellen den Oberbürgermeister. In 19 Landkreisen besitzt diese Partei Mehrheiten oder Landräte. Insgesamt sind in Nordrhein-Westfalen 11 318 gewählte Vertreter der SPD in den Gemeinden und Gemeindeverbänden tätig, ein ausdrucksvoller und überzeugender Beweis für das Vertrauen zu dieser Partei. Es wurde durch Leistungen in allen Bereichen des kommunalen Lebens erworben.

Die Sozialdemokratie kann wohl von sich mit berechtigtem Stolz sagen, die Partei mit der grössten Zahl erfahrener Kommunalpolitiker zu sein. Die grössten Bürgermeisterpersönlichkeiten der Nachkriegszeit sind in ihren Reihen zu finden. Sie mussten buchstäblich unter Schutt und Trümmern anfangen. Sie gaben den zerstörten Städten, mit dem Blick auf das Gemeinwohl gerichtet, ihre heutige, oft imponierende Gestalt. Erfolgreiche kommunalpolitische Führungsarbeit gehört zur Tradition gerade der Sozialdemokraten, weil die Kommunalpolitik neben dem Sachverstand nicht nur ein hohes Mass an Verantwortlichkeit für das Allgemeinwohl, sondern auch sehr viel freiwillige Arbeit verlangt.

Wie kleinlich ist doch das Bemühen der CDU-Führung, die Leistungen dieser Männer und Frauen herabzusetzen und allen Verdienst am Wiederaufbau der Bundesregierung zuzuschreiben. So geschehen auf der kommunalpolitischen Tagung der CDU in Hagen, womit der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen um die Neubesetzung der Städte, Kreise und Gemeinden begann. Ministerpräsident Meyers hat dieses Stichwort ausgegeben und als Ergänzung hinzugefügt, wogegen sich die CDU-Wahlkämpfer werden sollen: Gegen eine Wohnungspolitik, die den Bau von Eigenheimen verhindert (!), gegen eine Familienpolitik, die sich auf technische Hilfeleistungen beschränke, gegen eine Altenpolitik, die riesige Alterszentren schaffe, gegen eine dirigistische Krankenhauspolitik, gegen eine Kulturpolitik, die dem modernen Nihilismus das Wort rede und gegen eine parteipolitisch bestimmte Personalpolitik.

Dieses verschwommene, nebulöse Wisch-Wasch-Geschwätz soll das "Kontrastprogramm" sein, mit dem die CDU den Kommunalwahlkampf zu führen gedenkt. Auf die heute anstehenden Sorgen und Nöte der Gemeinden, wie Bau neuer Schulen, Bekämpfung der Verkehrsnot, Sicherung der Gesundheit der Bürger durch Ausbau des kommunalen Gesundheitswesens, auf die Beseitigung des Schichtunterrichts in den Schulen und auf viele andere, den Bürger bedrängenden Sorgen nimmt es überhaupt nicht Bezug. Hier wird eine Blösse offenbar, die nur zu erklären ist durch mangelnde Einstellung der CDU zu den Gemeinden. Sie sieht in diesen nicht die Grundlage für eine lebendige, den Bürger zur Verantwortung erziehende Demokratie, sondern mehr oder weniger nur eine Verwaltungsfunktion.

Aus der Kottenkiste

Wir lesen in der evangelischen, dem Bundestagspräsidenten Gerstenmaier nahe-  
stehenden Wochenschrift "Christ und Welt"

"Soll der Staat das Recht haben, Menschen durch Gerichtsurteil in den Tod zu befördern? Mit der Abschaffung der Todesstrafe in der Bundesrepublik scheint diese Frage noch lange nicht aus der Welt zu sein. Sie stellt sich immer wieder dann aufs neue, wenn Entsetzen und Empörung über abscheuliche Verbrechen uns nahelegen, drastische Maßnahmen zu ergreifen.

Einer der prominentesten Rufe nach der Todesstrafe ist der CDU-Abgeordnete und Bundestagsvizepräsident Dr. Richard Jaeger, der kürzlich im Bayerischen Rundfunk dafür plädierte, sie künftig bei Mord und schweren Fällen von Landesverrat anzuwenden. Der Spion Frenzel zum Beispiel habe den Tod verdient. Hingegen meint Jaeger, dass die Argumente der Gegner der Todesstrafe "aus der marxistischen und liberalen Kottenkiste des 19. Jahrhunderts" stammen.

Wir wollen mit dem Abgeordneten nicht über seine seltsamen Pauschalvorstellungen von Marxismus und Liberalismus streiten. Allerdings bekennen wir uns zur "Kottenkiste", soweit in ihr die humanen, freiheitlichen Grundlagen unseres Staates und unserer Gesellschaft enthalten sind. Nach zwölf Jahren eines Regimes, das Hunderttausende von Menschen aus oftmals nichtigen Anlässen "um einen Kopf kürzer" machen ließe, wollen wir keine Henker in Deutschland mehr sehen. Wir wollen nicht, dass dieser Staat sich mit Menschenblut befleckt - und mag es auch das Blut von noch so Schuldigen sein.

Irgend jemand hat einmal den Unterschied von totalitärer und freiheitlicher Justiz treffend charakterisiert, als er sagte: In Totalitarismus fängt man lieber 99 Unschuldige mit, als dass man einen Schuldigen laufen ließe. In der Demokratie dagegen kann es manchmal umgekehrt sein: Man muss bereit sein, viele Schuldige laufen zu lassen, wenn man vermeiden will, dass ein einziger Unschuldiger unter die Räder kommt.

Es täte uns nicht leid um Frenzel oder um den "Al Capone" von Rheinland-Pfalz - leid täte es uns um die Bundesrepublik, wenn hier wieder Fallbeile oder elektrische Stühle ihren Einzug halten sollten. Irgend etwas von der grossartigen Freiheit; von der inneren Sauberkeit dieses kleineren Staates würde dann verlorengehen.

Emotionen und Empörung sind schlechte Ratgeber, wenn es um Leben oder Tod von Menschen geht. In England, wo nach nicht immer sehr humanen Regeln Mörder gehängt werden, ist die Zahl der Kapitalverbrechen nicht kleiner als in der Bundesrepublik. Dafür hat es dort aber allein in den letzten Jahren zwei Fälle gegeben, bei denen Menschen hingerichtet wurden, deren Schuld später nicht mehr ganz einwandfrei festzustehen schien. Aber wenn der Kopf ab ist, hilft auch solche Erkenntnis nichts mehr!

Man lasse also die Verbrecher sitzen - man lasse sie, wenn es sein muss, lange sitzen, aber man verschone uns vor dem Geruch von Blut."

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel